



Newsletter des Referats für Internationales, EU und Daseinsvorsorge

(Ausgabe 13. Oktober 2020)

Inhalt

(Die einzelnen Kapitel können auch direkt angeklickt werden.)

1. Wiener Sozialpartnerschaft startet wieder durch.....	1
2. Blümel liefert wieder einmal leere Worte statt Taten!.....	1
3. Lehrlingsoffensive in den Gemeinden – jetzt!.....	2
4. Abstimmungsverhalten – Plenartagung des Europäischen Parlaments	2
5. Kommission forciert Europäischen Bildungsraum	5
6. ÖGB/AK starten Online-Steuerkampagne	7
7. Veranstaltungshinweis: Webinar zum Thema Digitale Dienste & Plattformwirtschaft am 22. Oktober.....	8

1. Wiener Sozialpartnerschaft startet wieder durch

Stadt investiert 600 Millionen Euro: Turbopaket kurbelt die Wirtschaft an

„Leider schläft die Bundesregierung weiter in der Pendeluhr. In Wien schlagen die Uhren zum Glück anders. Die Stadt lebt das Modell einer erfolgreichen Sozialpartnerschaft und investiert im Kampf gegen die wirtschaftlichen Corona-Folgen zusätzliche 600 Millionen Euro in die kommunale Daseinsvorsorge und die technische und soziale Infrastruktur“, erklärte vergangene Woche der Vorsitzende der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

„Von selbst wird die Wirtschaft nicht wieder anspringen. Da muss eine verantwortungsvolle Politik schon Geld in die Hand nehmen und in die Zukunft investieren. Das hat die Stadt Wien erkannt und stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung“, sagte Meidlinger. Allein 156 Millionen Euro fließen in den wichtigen Bereich Bildungsinfrastruktur und Kindergärten. „Während der Bund seit Jahren nicht einmal ein einheitliches Bundesrahmengesetz für die österreichischen Kindergärten zusammenbringt, entstehen durch das Wiener Investitionspaket insgesamt rund 100 neue Klassen und 30 neue Kindergartengruppen“, sagte Meidlinger.

Dass Wien zusätzlich zum jährlichen Investitionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro ein 600 Millionen schweres Turbopaket für Bildung, Soziales, Sportstätten, öffentlichen Verkehr und Infrastruktur auf den Weg bringt, ist ein Erfolg der Sozialpartnerschaft. Das schafft Arbeit und Wertschöpfung und ist gesellschaftlich wertvoll. Meidlinger: „Als Vertretung der Wiener ArbeitnehmerInnen finden wir bei Bürgermeister Michael Ludwig stets ein offenes Ohr und Gesprächsbereitschaft. Die Verhandlungen sind nicht immer einfach, aber immer von Fairness getragen. Mogelpackungen wie das viel zu schwach dimensionierte Hilfspaket für die österreichischen Städte und Gemeinden, für das sich Kurz, Blümel und Co gegenseitig auf die Schulter klopfen, wird man in Wien nicht finden.“

2. Blümel liefert wieder einmal leere Worte statt Taten!

Dringliche Anfrage an den Finanzminister war überfällig

„Ignorieren von Problemen ist kein politischer Lösungsansatz. Die vergangene Woche gestellte dringliche Anfrage des Bundesrates an den Finanzminister ist absolut nachvollziehbar. Leider waren seine Antworten wieder einmal ausweichend und dürftig. Offensichtlich plant die Bundesregierung aber keine weiteren Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden. Das ist fahrlässig und bedroht die regionale Wirtschaft“, sagte Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft.

„Schon im April dieses Jahres ist der Bundesrat tätig geworden und hat Minister Blümel aufgefordert, einen Gesetzesvorschlag mit Maßnahmen gegen die Folgen von Corona vorzulegen. Die Antwort war zunächst Schweigen, dann Mogelpackungen, die den Gemeinden ihre sinkenden Ertragsanteile und die weggefallenen Einnahmen aus der Kommunalsteuer bei weitem nicht ausreichend abgelten“, stellte Kattinig fest. Seither hat sich die Lage nicht verbessert. Kattinig: „Durch die Untätigkeit der Bundesregierung hat sich die finanzielle Situation der Gemeinden sogar noch verschlimmert. Die Regierung hat den Vorsprung aus dem ersten Lockdown, der unter finanziellen und wirtschaftlichen Opfern der ArbeitnehmerInnen und Unternehmen erreicht wurde, völlig verspielt. Viele Gemeinden mussten bereits ihre Investitionen zurückfahren, um die laufenden Ausgaben gerade noch stemmen zu können.“

Laut ExpertInnen des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) werden der regionalen Wirtschaft alleine 2020/2021 jeweils rund 1,2 Milliarden bis 1,6 Milliarden Euro fehlen. Kattinig: „Die Krise trifft die Menschen in Österreich durch die Untätigkeit von Kurz, Blümel und Co in doppelter Form. Durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verlieren sie Einkommen, die Krise schlägt sich voll auf das private Haushaltseinkommen durch. Das hat natürlich direkte Auswirkungen auf die Leistungen der Daseinsvorsorge: Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger können nicht mehr erbracht werden. Branchen, die für den Wirtschaftsaufschwung dringend notwendig wären, brechen auf Grund fehlender Mittel weg. Wenig hilfreich sind Mogelpackungen wie die so genannte Gemeindevilliard, die mindestens um die Hälfte zu gering dotiert ist.“

„Dass sich der Finanzminister in seiner Beantwortung der dringlichen Anfrage erneut hinter Worthülsen versteckt und keine echten Maßnahmen angekündigt hat, ist äußerst bedauerlich. Leider fügt sich das aber ins Bild einer Bundesregierung, die die Menschen im Land im Stich lässt und statt echter Hilfsmaßnahmen nur leere Ankündigungen und große Worte liefert“, schloss Kattinig.

younion _ Die Daseinsgewerkschaft warnt mit der [Kampagne „MEHR SPAREN KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN. Gemeinden stärken – Daseinsvorsorge für alle sichern“](#) seit Monaten vor dem finanziellen Ausbluten der Städte und Gemeinden – samt den katastrophalen Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft. Zurzeit erstellen die Städte und Gemeinden ihre Vorab-Budgets. Ein [Beispiel aus dem südburgenländischen Jennersdorf](#) zeigt die dramatische Lage. Es ist nur noch Geld für das Notwendigste da, an neue Projekte ist nicht mehr zu denken. Für das Beseitigen von Unwetterschäden muss ein Kredit aufgenommen werden.

3. Lehrlingsoffensive in den Gemeinden – jetzt!

Vor gut einem Monat verfasste younion _ Die Daseinsgewerkschaft gemeinsam mit 21 BürgermeisterInnen einen [offenen Brief an die österreichische Bundesregierung](#) und forderte aufgrund der steigenden Jugendarbeitslosigkeit eine Lehrlingsoffensive. Der Bund wird aufgefordert, den Kommunen die vollen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese im Rahmen einer Lehrlingsoffensive ihren gesellschaftlichen Beitrag dazu leisten können, die Jugendarbeitslosigkeit, die vor allem durch die Folgen der Corona-Krise massiv steigen wird, einzudämmen. Gemeinden bilden aus – der Bund finanziert. Doch die ÖVP-Ministerien sind sich einig, dass sie diesen Brief nie erhalten haben und es keine befürchtete Lehrstellenlücke gäbe. [Hier](#) das Antwortvideo der Jugendabteilung YOUNG younion auf diesen schlechten Scherz. Schaffen wir in den Kommunen Lehrplätze! Lehrlingsoffensive jetzt und nicht erst, wenn es zu spät ist!

4. Abstimmungsverhalten – Plenartagung des Europäischen Parlaments

Die aktuelle **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments** hat von **5. bis 8. Oktober 2020** in **Brüssel** stattgefunden.

Die namentlichen Abstimmungen behandelten die folgenden Themen:

- **EU-Klimagesetz: Emissionen bis 2030 um 60% reduzieren**
- **EU-Forststrategie: Hochwertige Bewirtschaftung der Wälder**
- **Wirksamer Mechanismus zum Schutz der EU-Werte**
- **EU-Jugendgarantie soll besser genutzt werden**
- **Parlament will potentiell schädliche Stoffe in Lebensmitteln für Kinder reduzieren**

EU-Klimagesetz: Emissionen bis 2030 um 60% reduzieren

Das Parlament nahm sein Mandat für die Verhandlungen über die neuen Klimaschutzvorschriften der EU an. Im Einklang mit dem Klimaübereinkommen von Paris muss nach Ansicht der Abgeordneten

nicht nur die EU, sondern auch jeder einzelne Mitgliedstaat bis 2050 klimaneutral werden. Bislang galt in der EU das Ziel, dass bis 2030 insgesamt 40% weniger Emissionen anfallen dürfen als 1990. Die Abgeordneten legten die Latte jedoch noch höher: Sie fordern eine Reduzierung um 60% bis 2030. Darüber hinaus sollten die EU und die Mitgliedstaaten alle direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe bis spätestens 2025 abbauen. Ein neues unabhängiges Wissenschaftsgremium soll die Maßnahmen bewerten und die Fortschritte überwachen.

Der EU-Abgeordnete Günther Sidl (S&D) begrüßte das Abstimmungsergebnis: „Das Europaparlament ist der Tempomacher beim Klimaschutz und hat dabei auch die Realisierbarkeit im Auge. Wir haben den Klimanotstand ausgerufen und wir wollen auch, dass die EU bis 2050 wirklich klimaneutral ist. Dafür ist ein starkes Gesetz mit strengen Zwischenzielen für 2030 absolut notwendig – auch als Zeichen an die Blockierer in den Mitgliedstaaten. Das EU-Parlament verabschiedet nun ein starkes Mandat für die Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission.“

Der EGB spricht sich seit langem für ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen aus. In der Debatte dürfen ArbeitnehmerInneninteressen aber nicht zu kurz kommen. Investitionen in eine grünere Zukunft sollen mit sozialem Fortschritt und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise verknüpft werden.

In Zusammenhang mit dem Green Deal der EU und den Klimazielen fordert der EGB folgende Maßnahmen:

- Schutz und Schaffung von guten Arbeitsplätzen
- höhere Investitionen in allen Sektoren
- spezielle Unterstützung für ArbeitnehmerInnen, die infolge von Unternehmensrestrukturierungen ihren Arbeitsplatz verlieren – es darf niemand zurückgelassen werden

Der EGB setzt bei der Verwirklichung auf einen Investitionsplan, den er „[People's Recovery](#)“ nennt. Profitieren sollen nur Mitgliedstaaten, die demokratische Grundrechte einhalten, sowie Unternehmen, die ArbeitnehmerInnen-Rechte respektieren – insbesondere das Recht auf Mitbestimmung.

[Für mehr Information.](#)

EU-Forststrategie: Hochwertige Bewirtschaftung der Wälder

Das Parlament verabschiedete eine Resolution zur EU-Forststrategie für die Zeit nach 2020. Die Forststrategie sollte sich am Europäischen Green Deal orientieren und Waldbewirtschaftungsmodelle fördern, die ökologisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich nachhaltig sind. Zudem brauche es eine Stärkung der Katastrophenresilienz und der Frühwarnsysteme zur Vermeidung von Waldbränden. Die Abgeordneten drängten auch darauf, dass Holz als nachwachsender Rohstoff stärker gefördert wird. Darüber hinaus forderten sie, dass der Kampf gegen die Einfuhr von illegal geschlagenem Holzeinschlag künftig intensiviert wird.

Wirksamer Mechanismus zum Schutz der EU-Werte

Das Plenum sprach sich erneut für die Einführung eines rechtsverbindlichen Mechanismus zum Schutz der EU-Grundwerte aus. Die EU brauche jährliche länderspezifische Empfehlungen, die den Grundwertemechanismus, Vertragsverletzungsverfahren und haushaltspolitische Auflagen in Gang setzen. Es brauche darüber hinaus wirksame Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, bei denen Verstöße festgestellt werden. Die EU-Institutionen sollten sich auf klare Regeln einigen, die den Erhalt von EU-Geldern durch einen Mitgliedstaat an die Achtung der Rechtsstaatlichkeit knüpfen.

EU-Jugendgarantie soll besser genutzt werden

Da die Jugendarbeitslosigkeitsrate in der EU im August 2020 bei 17,6% lag (gegenüber 14,9% vor der COVID-19-Krise) und voraussichtlich weiter steigen wird, fordert das Parlament mehr Mittel zur Stärkung des [Europäischen Jugendgarantieprogramms](#) für 2021-2027. Die Mitgliedstaaten müssten dafür sorgen, dass jungen Menschen, die sich für die Jugendgarantieprogramme anmelden, qualitativ hochwertige, abwechslungsreiche und maßgeschneiderte Arbeitsplätze, Ausbildungen oder Praktika angeboten werden. Unbezahlte Praktika sollten hingegen verboten werden. Die Abgeordneten bedauerten außerdem, dass die Jugendgarantie derzeit nur freiwillig von Mitgliedstaaten zur Anwendung gebracht wird. Vor diesem Hintergrund forderten sie die Kommission dazu auf, ein für alle Mitgliedstaaten verbindliches Instrument zur Jugendgarantie vorzuschlagen.

Die Forderungen des Europäischen Parlaments nach einem Verbot unbezahlter Praktika sowie nach Investitionen in hochwertige Arbeitsplätze für junge Menschen wird von den europäischen Gewerkschaftsorganisationen unterstützt. Die Vorschläge sind Teil der verabschiedeten Entschließung des Parlaments, die darauf abzielt, den schwachen Vorschlag der Europäischen Kommission für eine verstärkte Jugendgarantie zu verbessern. Die im Juli vorgelegte „verstärkte Jugendgarantie“ blieb weit hinter den Erwartungen zurück, da sie sich eher auf Weiterbildung als auf echte Beschäftigung konzentrierte und keine von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen stark geforderten Qualitätskriterien enthielt.

Die Jugendgarantie war 2013 eingeführt worden, als die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsstaaten auf über 50% stieg. Der Europäische Rechnungshof stellte jedoch fest, dass das Programm „hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückblieb“, da bis zu 60% der Interventionen aus Praktika und nicht aus echten Arbeitsplätzen bestanden. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) sagte, dass „in vielen Fällen die Ressourcenzuweisungen nicht ausreichend waren, um den Empfehlungen zu entsprechen“.

Da die Jugendarbeitslosigkeit seit Jänner um 315.000 auf über 3 Millionen gestiegen ist, ist es von entscheidender Bedeutung, aus den Fehlern des letzten Programms zu lernen.

Deshalb unterstützt der EGB die Resolution des Europäischen Parlaments, die folgende Forderungen enthält:

- ein erhöhter Anteil der ESF+-Mittel, der dem Programm im langfristigen EU-Haushalt zugewiesen werden soll;
- ein Rechtsinstrument zur Durchsetzung einer gerechten Vergütung für Praktika, Volontariate und Lehrstellen;
- verstärkte Überwachung der Umsetzung und der Ergebnisse des Programms in den Mitgliedstaaten;

Ludovic Voet, politischer Sekretär des EGB, sagte dazu:

„Die EU hat das Versprechen der Jugendgarantie während der letzten Krise nicht eingelöst, mit Ambitionen, die nicht durch die notwendigen Mittel gedeckt wurden und Geld, das für Praktika anstatt für eigentliche Arbeitsplätze ausgegeben wurde.“

Da die Jugendarbeitslosigkeit jetzt stärker ansteigt als nach dem Finanzcrash, ist es entscheidend, dass die EU aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, indem sie jungen Menschen hochwertige Arbeitsplätze und echten rechtlichen Schutz vor Ausbeutung bietet.

Gewerkschaften, Jugendgruppen und jetzt auch die Europaabgeordneten haben die Kommission aufgefordert, die Jugendgarantie zu verbessern, indem unbezahlte Praktika verboten werden und die Investitionen erhöht werden.

Die Kommission kann in Hinblick auf die notwendigen Verbesserungen des Systems nicht weiter den Kopf in den Sand stecken. Aber zusätzliche EU-Gelder müssen mit strengeren Qualitätskriterien einhergehen, um sicherzustellen, dass das Geld der SteuerzahlerInnen nicht zur Subventionierung prekärer Arbeitsplätze verwendet wird.“

Parlament will potentiell schädliche Stoffe in Lebensmitteln für Kinder reduzieren

Die Mehrheit der Abgeordneten sprach sich gegen einen Vorschlag der Kommission aus, der den zulässigen Höchstgehalt von Acrylamid in bestimmten Lebensmitteln für Säuglinge und Kleinkinder erhöht hätte. Laut der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit erhöht Acrylamid das Risiko, Krebs zu entwickeln.

Weitere Höhepunkte

Das Parlament sprach sich für die Ernennung von **Mairead McGuinness** als neue EU-Kommissarin Irlands und den Ressortwechsel von Exekutiv-Vizepräsident **Valdis Dombrovskis** aus. McGuinness ist künftig für das Ressort Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion in der Europäischen Kommission zuständig, Dombrovskis für Handelsfragen. [Für mehr Information.](#)

Die Abgeordneten diskutierten mit VertreterInnen des Rates und der Kommission über die anhaltenden **Proteste in Bulgarien**. Sie unterstützten die legitimen Forderungen der bulgarischen Bevölkerung nach einem Ende der systematischen politischen Korruption in ihrem Land. Außerdem verurteilten sie das gewalttätige und unverhältnismäßige Eingreifen der Polizei in die Proteste.

ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER ÖSTERREICHISCHEN EU-ABGEORDNETEN (Plenartagung, 05.-08. Okt. 2020)

EU-Fraktionen	Ö. - Parteien		Österreichische Gesellschaft für Europapolitik	EVP Volkspartei, Christdemokraten	S&D Progressive Allianz der Sozialdemokraten	ID Identity and Democracy	Grüne EFA	Renew Europe
EU-Fraktionen EVP S&D ID Grüne/EFA Renew Europe	Ö. - Parteien ÖVP SPÖ FPÖ Grüne Neos	JA ENTHALTEN NEIN ABWESEND VORSITZ	Gesamtes Abstimmungsverhältnis	BERNHUBER KARGES MANDL SAGERTZ SCHNEDERBAUER THALER WINZIG	BEIDE BEGNER SCHIEDER SIDL VOLLATH	HAIDER MEYER VILIMSKY	VANH WALTZ WENIGER	GAMON
EU-Klimagesetz: Emissionen bis 2030 um 60% reduzieren Legislative Entschließung (OGV, erste Lesung)			JA = 392 NEIN = 161 ENTHALTEN = 142	E J E E E E E	J J J J J	N N N N	J J J	J
EU-Forststrategie: Hochwertige Bewirtschaftung der Wälder Entschließung (nicht-legislativ)			JA = 462 NEIN = 176 ENTHALTEN = 59	J J J J J J J	E E E E E	N N N N	N N N	J
Wirksamer Mechanismus zum Schutz der EU-Werte Legislative Entschließung			JA = 521 NEIN = 152 ENTHALTEN = 21	J J J J J J J	J J J J J	N N N N	J J J	J
EU-Jugendgarantie soll besser genutzt werden Entschließung (nicht-legislativ)			JA = 574 NEIN = 77 ENTHALTEN = 43	J J J J J J J	J J J J J	N N N N	J J J	J
Parlament will potentiell schädliche Stoffe in Lebensmitteln für Kinder reduzieren Ausschussverfahren			JA = 469 NEIN = 137 ENTHALTEN = 90	N N N N N N N	J J J J J	J J J	J J J	J

Die nächste Plenarsitzung findet von 19. bis 22. Oktober 2020 statt.

5. Kommission forciert Europäischen Bildungsraum

Neben ihrem neuen Aktionsplan für digitale Bildung präsentierte die EU-Kommission am 30. September auch ihre Vision zur Schaffung eines Europäischen Bildungsraums. Beide Mitteilungen

sollen zu einer raschen Erholung und einem besseren Übergang zu einer digitalen und grünen Gesellschaft beitragen.

Um die Folgen der Coronakrise abzufedern, braucht es neben der kurzfristigen finanziellen Unterstützung von Unternehmen und ArbeitnehmerInnen auch langfristige und nachhaltige Investitionen – vor allem in ein Bildungssystem, das den Herausforderungen eines grünen und digitalen Wandels gewachsen ist.

Aktionsplan digitale Bildung

Digitale Bildung ist einer der zentralen Aktionspläne, um Europa fit für das digitale Zeitalter zu machen. [Erstmals etabliert](#) wurde er 2018. Der [aktualisierte Aktionsplan für die Jahre 2021 bis 2027](#) ist nicht nur für einen deutlich längeren Zeitraum ausgelegt, sondern auch wesentlich ambitionierter als sein Vorgänger. Er geht über die formale Bildung hinaus, zieht die Lehren aus der Coronakrise und skizziert einen Plan für ein leistungsfähiges Bildungsökosystem, der sich vor allem auf Kompetenzen für den digitalen Wandel fokussiert. Bezüglich des [digitalen Fernunterrichts](#) hat das Homeschooling während des Corona-Lockdowns europaweit schonungslos Schwächen aufgedeckt, auch im Bereich der [Erwachsenenbildung](#). [Konkret](#) sieht der Aktionsplan deshalb etwa die finanzielle Unterstützung des Breitbandausbaus für Bildungseinrichtungen und die Vermittlung digitaler Kompetenzen für Lehrpersonal vor. Außerdem soll ein Update des digitalen Kompetenzrahmens – vergleichbar mit dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen – helfen, die digitalen Kompetenzen einzuordnen und europaweit vergleichbar zu machen. Um den Austausch im Bereich digitale Bildung auf EU-Ebene zu stärken, soll außerdem eine europäische Plattform eingerichtet werden, die die Zusammenarbeit fördert und Synergien zwischen den relevanten Politikbereichen nutzbar macht. Parallel dazu soll ein Netz von nationalen Beratungsdiensten aufgebaut und die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor gestärkt werden.

Vision eines Europäischen Bildungsraums

In einer zweiten Mitteilung präsentierte die Kommission ihre [Vision zur Schaffung eines Europäischen Bildungsraums bis 2025](#). Diese sieht neben neuen Initiativen und umfassenden Investitionen auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vor. Dadurch soll nicht nur allen EuropäerInnen die optimale Nutzung des Bildungs- und Berufsbildungsangebots in der EU ermöglicht, sondern auch die Qualität, die Inklusivität sowie die digitale und grüne Dimension der nationalen Bildungssysteme verbessert werden. Grundgedanke bei der gemeinsamen Gestaltung eines europäischen Bildungsraums soll die Idee sein, dass Lehrenden und Lernenden das Lehren und Lernen auf dem gesamten Kontinent gleichermaßen ermöglicht wird und sich Bildungseinrichtungen und PartnerInnen in ganz Europa (und anderen Teilen der Welt) zusammenschließen und abstimmen können – etwa hinsichtlich Konvergenz der Lehrpläne oder Mobilität.

Konkret soll der [Europäische Bildungsraum](#) sechs Dimensionen umfassen – darunter Qualität, Inklusion und Geschlechtergleichstellung sowie ökologischer und digitaler Wandel. Geprüft werden soll beispielsweise, inwiefern sich Qualität und schulischer Erfolg verbessern sowie Inklusion und Gleichstellung der Geschlechter besser in der (Hoch-)Schulbildung verankern lassen. Die Mitteilung nennt dabei auch Instrumente und Etappenziele, die zur Errichtung eines Europäischen Bildungsraums beitragen sollen. Die Kooperation in bereits bestehenden Arbeitsgruppen soll fortgesetzt und durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Forschenden intensiviert werden.

AK fordert intensivere Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung

Beide Initiativen werden auch im Rahmen des dritten Europäischen Bildungsgipfels behandelt werden, den die Kommission am 10. Dezember 2020 online ausrichten wird. Dort werden MinisterInnen sowie Stakeholder darüber diskutieren, wie die allgemeine und die berufliche Bildung

fit für das digitale Zeitalter gemacht werden können. Aus [Sicht der Arbeiterkammer](#) sind digitale Kompetenzen zentral, um allen BürgerInnen die Teilnahme an einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft zu ermöglichen. Sie forderte deshalb bereits vor der Coronakrise [intensivere Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung](#) und warnt vor einem [digital divide](#) aufgrund unterschiedlicher Möglichkeiten des Zugangs zu digitaler Infrastruktur.

Weiterführende Informationen:

[AK EUROPA: Europäische Bildungspolitik – Fokus auf Digitalisierung und berufliche Bildung](#)

[AK EUROPA: Nein zu einer „Generation Lockdown“!](#)

[AK EUROPA: Bildungspolitik – Fit für das digitale Zeitalter?](#)

[AK EUROPA Policy Brief: School Education and Vocational Education & Training in the Era of Digital Transformation](#)

6. ÖGB/AK starten Online-Steuerkampagne

Multinationale Konzerne müssen zur Kasse gebeten werden

Auch multinationale Konzerne müssen endlich faire Gewinnsteuern bezahlen. Die FinanzministerInnen sollen sich deswegen auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rasch auf einen weltweiten Mindeststeuersatz bei der Körperschaftsteuer einigen. Das forderten vergangene Woche der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Arbeiterkammer (AK) kurz vor dem Treffen der RegierungsvertreterInnen des [OECD/G20 „Inclusive Framework on BEPS“](#), das von 8. bis 9. Oktober stattfand.

Noch nie standen die Chancen besser, dass dieser historische Schritt gelingt und es hier einen echten Meilenstein gib.

Die Kernforderungen von ÖGB und AK sind seit Jahren bekannt, aber die Notwendigkeit, jetzt auf internationaler und europäischer Ebene etwas zu tun, wurde durch die COVID-19-Pandemie noch weiter verdeutlicht – wir fordern:

- einen weltweiten effektiven Mindeststeuersatz für Konzerngewinne,
- ein international akkordiertes, einheitliches Regelwerk für die Ermittlung des Mindeststeuersatzes auf Basis der OECD-Vorschläge,
- mehr Transparenz bei der Besteuerung multinationaler Konzerne, deswegen muss auch das [„Public country-by-country reporting“](#) endlich umgesetzt werden;

Facebook, Amazon und Co zahlen immer weniger Gewinnsteuern

Die Regelungen für die internationale Unternehmensbesteuerung sind nicht mehr zeitgemäß. Immer noch versuchen auch EU-Staaten, mit niedrigen Steuersätzen und Steuerdumping Unternehmen anzulocken. Gleichzeitig werden die Steuertricks der Unternehmen immer aggressiver.

Die Probleme sind schon lange bekannt, aber die Politik hat das lange ignoriert. Mittlerweile wissen wir aber:

- Multinationale Konzerne zahlen im Durchschnitt um 30% weniger Körperschaftsteuer als Unternehmen, die ausschließlich lokal tätig sind.
- Die Steuerbelastung der Unternehmen der digitalen Wirtschaft ist mit knapp 9,5% nicht einmal halb so hoch wie die Steuerbelastung der traditionellen Wirtschaft mit 23,2%.
- Multinationale Konzerne verschieben jährlich knapp 40% ihrer Gewinne in Niedrigsteuerrländer und Steuersümpfe. Österreich alleine verliert dadurch rund 1 Milliarde Euro an Steuereinnahmen pro Jahr.

- 40% aller globalen Investitionen (ausländische Direktinvestitionen) sind reines Phantomkapital, das nur der Steuervermeidung multinationaler Konzerne dient.

Wie geht es weiter?

Auf der Tagesordnung des Treffens der RegierungsvertreterInnen des OECD/G20 stand ein von der OECD entwickelter Zwei-Säulen-Plan, der in erster Linie darauf abzielt, Wege zur Besteuerung großer Technologieunternehmen zu finden. Ein Überblick über die für die beiden Säulen vereinbarten technischen Details soll dann auf dem nächsten Treffen der G20-FinanzministerInnen am 15. und 16. Oktober vorgelegt werden. Die zweite Aktionswoche wird von ÖGB und AK dementsprechend in der zweiten Novemberwoche starten.

[Für mehr Information.](#)

7. Veranstaltungshinweis: Webinar zum Thema Digitale Dienste & Plattformwirtschaft am 22. Oktober

AK EUROPA (Brüsseler Büro der Bundesarbeitskammer Österreich), das ÖGB-Europabüro und das Verbindungsbüro Wien in Brüssel laden am **22. Oktober um 14:00 Uhr** zu einem gemeinsamen Webinar zum Thema **„Digitale Dienste & Plattformwirtschaft: Auswirkungen auf Städte, ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen“**. Das Webinar wird über **Microsoft Teams** und ausschließlich in englischer Sprache abgehalten.

Eine neue Studie der Bundesarbeitskammer Österreich und [Corporate Europe Observatory](#) untersucht den Einfluss von Online-Plattformen wie Uber, Airbnb, Amazon, Deliveroo auf die EU-Institutionen. Anhand zahlreicher Beispiele gibt die Studie einen Einblick in die Taktiken und Ziele einer koordinierten EU-Lobbyarbeit der Plattformindustrie.

Vor dem Hintergrund dieser Studie wird diskutiert, welche Auswirkungen die Aktivitäten der Plattformen auf Städte, Gewerkschafts-, ArbeitnehmerInnen- und Sozialrechte sowie auf VerbraucherInnen haben. Im Vorgriff auf die bevorstehende Initiative zu digitalen Diensten und Plattformarbeit wird untersucht, welche Bausteine in der neuen Gesetzgebung benötigt werden. Mit den PodiumsteilnehmerInnen wird diskutiert, welche Maßnahmen notwendig sind, um den fairen Wettbewerb wiederherzustellen, die Rechte von ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen zu schützen und zu gewährleisten, dass rechtliche Verpflichtungen auch von Plattformen eingehalten werden.

[Für mehr Information und zur Anmeldung.](#)

Rückfragen:

yunion _ Die Daseinsgewerkschaft
Internationales, EU und Daseinsvorsorge

Thomas Kattnig
Mitglied Bundespräsidium

thomas.kattnig@yunion.at

www.yunion.at

<https://www.facebook.com/yunion.at/>

https://twitter.com/yunion_at

Quellen:

Arbeiterkammer Wien, corporateeurope.org, Europäische Kommission, Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), Europäisches Parlament, moment.at, ÖGB-Europabüro, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Österreichischer Bundesarbeiterkammer Büro Brüssel, Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel;